

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 15

**Artikel:** Ansprache von Peter Sager : anlässlich des Auftritts von Michail Gorbatschow vor dem Europarat in Strassburg am 7. Juli 1989  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093681>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Ansprache von Peter Sager

anlässlich des Auftritts von Michail Gorbatschow vor dem Europarat in Strassburg am 7. Juli 1989

Die liberale Gruppe misst der Öffnung des Europarates, die gestern mit einem weltweit beachteten Schritt ihren Anfang nahm, grosse Bedeutung zu.

Die Erneuerungsbewegung in der Supermacht Sowjetunion hat den Reformansätzen in ost- und zentraleuropäischen Ländern eine neue Qualität verliehen. In Ungarn ist der Kurs gesichert, in Polen der historische Kompromiss ermöglicht worden. In diesen Ländern und in Jugoslawien, wo die Aufklärung miterlebt und mitgetragen wurde, kann viel leichter an demokratische Traditionen angeknüpft werden. Der nun auch in der Sowjetunion sichtbar gewordene Wandel erleichtert die Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Europas.

Die Rede von Präsident Gorbatschow wird sorgfältig geprüft werden müssen. Das braucht mehr Zeit zum Studium als eine Nacht und mehr Zeit für die Antwort als diese zehn Minuten.

In aller Kürze soll – auch aufgrund der Ausführungen von Herrn Gorbatschow – zusammengefasst werden, was Westeuropa von der Reformbewegung zu Recht erwarten darf:

1. Die wirtschaftliche Gesundung zwecks Förderung des Volkswohls. Das ist im

Begriff Perestrojka, Umstrukturierung, enthalten.

2. Aufhebung der Zensur und offene Meinungsbildung. Dieses Ziel wird mit Glasnost oder Transparenz umschrieben.

3. Gewährung der Menschenrechte, Einführung des politischen Mitspracherechts und Durchführung freier Wahlen. Das wird mit der Demokratisierung postuliert.

4. Abbau der ideologisch begründeten Feindbilder, wie er im Begriff des «Neuen Denkens» angedeutet wird.

Der Weg ist glaubwürdig eingeschlagen. Das kommt nicht zuletzt in der Tatsache zum Ausdruck, dass vier Länder Ost- und Zentraleuropas mit Sondergästen von jetzt an unter den Bedingungen des Europarates hier vertreten sind. Damit stellt sich die zweite Frage:

Was erwarten die Sowjetunion und die weiteren reformwilligen Länder von der Zusammenarbeit mit dem Europarat?

1. Orientierungshilfe bei der Einführung und Anwendung gesetzgeberischer Absicherung der Menschenrechte sowie bei der Einführung der Rechtsstaatlichkeit.

2. Koordination bei der Bekämpfung von Gefährdungen der Gesundheit (Aids, Drogen), des Terrorismus, der Umwelt sowie bei den Bemühungen um Erhaltung von Kulturgütern.

3. Annäherungen durch eine Angleichung der Gesetzgebung und durch Ratifikation von Konventionen. Präsident Gorbatschow sprach von einer europäischen Rechtsgemeinschaft.

4. Weitere Förderung des KSZE-Prozesses.

5. Vermittlung bei der Lösung von Minderheitenfragen.

6. Wissenschaftliche Zusammenarbeit, aber auch vermehrte Kontakte zwischen Menschen.

Wir müssen uns auch im klaren darüber sein, was wir von den Reformbewegungen in Ost- und Zentraleuropa nicht erwarten dürfen, nämlich dass diese Länder westliche

Vorstellungen und politische Systeme ungeprüft kopieren. Sie müssen vielmehr durch «trial and error» zur selbständigen Ausgestaltung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit gelangen. Nur was organisch auf eigenem Boden wächst, wird von Bestand sein. Das gilt sogar für die Länder, die früher mit Westeuropa verbunden waren.

Wenn sich die bis anhin geschlossenen Gesellschaften gemäss ihren Zielsetzungen öffnen, fügen sie sich von selber in das breite Spektrum der bis anhin westlichen Staatengruppe ein, die längst jenseits des politischen Ostens Australien, Neuseeland und Japan umfasst. Und wenn wir uns die Forderungen der tragisch unterdrückten chinesischen Studenten vor Augen halten, dürfen wir füglich sagen, dass das Zeitalter der globalen Demokratie langsam und endlich anbricht.

Es ist nicht überflüssig beizufügen, was wir nicht erwarten können, nämlich dass offene Gesellschaften über Nacht entstehen, dass ein derart tiefgreifender Wandel ohne Schmerzen und Wehen verläuft, dass Rückschläge und vorübergehende Verlangsamungen ausbleiben. Solche Rückschläge und zeitweilige Verlangsamungen sind unvermeidlich und sollen weder unseren Optimismus noch unsere Hoffnungen brechen.

Der Europarat, Hort der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der pluralistischen Demokratie, hat mit einer differenzierten auch eine differenzierende Ostpolitik entwickelt. Seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Ländern Europas ist proklamiert. Offene Konventionen können von jedem Staat ratifiziert werden, und der Europarat ist bereit, mit jedem Staat zu sprechen.

Institutionelle Beziehungen können indes nur mit Ländern aufgenommen werden, die den KSZE-Prozess ernsthaft fördern. Der neue Sondergästestatus ist eine erste Stufe. Wenn die Reformbewegungen weitergehen, wenn wenigstens formell die pluralistische Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Gewährung der Menschenrechte eingeführt werden, sollten diese institutionellen Beziehungen auf eine höhere Ebene gestellt werden. Denkbar ist dann eine Assoziierung als Vorstufe einer Vollmitgliedschaft, die Herr Gorbatschow erwähnt hat.

## In dieser Nummer

Jugendgruppierungen in Ungarn ..... 4  
Ein Folgebeitrag von Laszlo Revesz

Vergangenheitsbewältigung in der Sowjetunion ... 7  
Der Gang der historischen Diskussion

Sind die Reformen noch zu retten? ..... 8  
Joseph Pozsgai über China

Eine unehrliche Rehabilitierung von Imre Nagy ... 10  
Die PdA sprang nicht über ihren Schatten

Wichtige Wende? ..... 12  
Zu den Streiks in der Sowjetunion

## LIEBE LESER

Dass eine solche Vollmitgliedschaft zwar noch in der Ferne liegt, aber zweifellos nicht mehr als blosser Utopie erscheint, ist ein glückliches Zeichen für Europa und zugleich eine historische Herausforderung an den Europarat. Er allein kann den ost- und den zentraleuropäischen Staaten als Akklimatisierungsstation der Demokratie dienen.

Wir müssen diese Herausforderung annehmen, einmal weil nur auf diesem Wege Problemlösungen möglich werden, die auf der kontinentalen Ebene angegangen werden müssen, dann aber auch, weil der Abbau des Konflikts auf der Ost-West-Achse ein Beispiel für die Lösung vieler regionaler Konflikte setzt.

Es gehört in den Rahmen solcher differenzierter Ostpolitik, dass wir bezüglich der DDR, der ČSSR, Bulgariens und Rumäniens vor-

läufig eine abwartende Haltung einnehmen. Regime, die sich mit Rumänien oder mit der chinesischen Repression seit dem 4. Juni solidarisieren, ordnen sich nicht in den Strom der Reformen ein, sondern verharren in dogmatischer Erstarrung.

Wir begrüssen die schon heute anwesenden Sondergäste und hoffen, dass sie alle politischen Gruppen einmal besuchen und sich später verschiedenen Gruppen anschliessen, um jetzt schon den hier möglichen Pluralismus zu praktizieren. Diese Vielfalt in der Einheit benötigt Europa, «ein Europa», wie Präsident Gorbatschow gestern unterstrichen hat, «friedfertig und demokratisch, ein Europa, das seine Vielfalt bewahrt und auch das gemeinsame humanistische Ideal, ein blühendes Europa, das seine Hand der Welt entgegenstreckt, ein Europa, das vertrauensvoll in die Zukunft geht».

## Moskauer Gespräche

Der Leiter unseres Schweizerischen Ost-Instituts, Dr. Peter Sager, ist im Strassburger Europarat der Präsident jener Kommission, die sich mit Kontakten zu den sozialistischen Ländern befasst. Diese gehören dem Europarat nicht an, aber die Sowjetunion, Polen, Ungarn und Jugoslawien haben seit kurzem einen Status als Sondergäste dieser Institution.

Vorgängig der Strassburger Session war Sager mit einer Delegation des Europarates auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR in Moskau. Dort kam es zu Kontakten unter anderem mit dem Vizepräsidenten des Obersten Sowjets und mit den Präsidenten von dessen beiden Kammern, dem Unionsowjet und dem Nationalitätenowjet. Ebenso besuchte Sager – zum Teil erneut – verschiedene zentrale Institutionen der UdSSR.

Seinen Haupteindruck aus allen Gesprächen fasst unser Institutsleiter mit der Bemerkung zusammen, dass ihm die Perestrojka als Gesamtprozess nicht mehr reversibel scheint, jedenfalls nicht im Sinne einer ruhigen Rückkehr zum Status quo ante.

Der Besuch fand vor dem Ausbruch der Bergarbeiterstreiks statt, aber die schlechte soziale und materielle Lage der Sowjetbürger wurde – neben dem Nationalitätenproblem natürlich – schon als Hauptgefahr für die Weiterentwicklung deutlich gesehen bis herausgestrichen. Bei einem Festessen mit der Parlamentsvertretung liess einer der sowjetischen Gastgeber sogar die Bemerkung fallen: «Hier schwelgen wir und neh-

men den einfachen Leuten das Essen weg.» Tatsächlich hat die Perestrojka die Verhältnisse für die Bevölkerung – ob Werktätige oder Rentner – nicht besser gemacht; die politischen Reformen mitsamt der gewaltigen Veränderung durch die Glasnost haben unverhältnismässig grössere Fortschritte gemacht als die Wirtschaftsreformen.

Gleichzeitig wird die fortschreitende Umweltzerstörung, früher geleugnet, als Hauptbedrohung gesehen, was sie auch ist. Vizeausserminister Petrowski meint, selbst die Abrüstung sei prioritär aus Umweltschutzgründen nötig. Man müsse 60 Prozent der Rüstungsindustrie auf Zivilproduktion umstellen.

Dass sich die Probleme der Naturverwüstung in den Zeiten ihrer Leugnung gestaut haben und nunmehr mit erheblicher Verspätung ernstlich angepackt werden müssen, betont man im Staatskomitee für Umweltschutz, das im Januar 1988 gegründet wurde. Es zählt 480 Mitarbeiter im Moskauer Hauptquartier und 30 000 dezentrale Mitarbeiter. Es ermittelt gegen zahlreiche schadstoffproduzierende Unternehmen und schickte sich im Zeitpunkt des Besuchs gerade an, die Schliessung von zwei Betrieben zu veranlassen. Atomkraftwerke betrachten die staatlichen Umweltschützer als unverzichtbar, wollen aber erheblich mehr für die Sicherheitstechnologie tun. Nach westlichem Vorbild und mit westlicher Hilfe.

Noch eine Bemerkung zu unserer hauseigenen Sache. In mehreren spezialisierten Stellen in der Sowjetunion kennt man das Schweizerische Ost-Institut und nimmt es als kundige Institution ernst.

Zu den erklärten Anliegen der Glasnost gehört es, schlechte Zustände sichtbar zu machen und damit eine Voraussetzung zu ihrer Behebung zu schaffen, im Rahmen einer planmässig und geordnet durchgeführten Perestrojka. So wollte es die ursprüngliche Vorstellung eines steuerbaren Reformkurses. Aber die Glasnost hat, je echter sie stattfindet, auch noch andere Auswirkungen. Dadurch, dass sie es den Unzufriedenen ermöglicht, sich zu artikulieren und zu sammeln, treibt sie die Unzufriedenen auch an, selber zu agieren. Das gibt der Perestrojka ein Eigengewicht, das der Kontrolle von oben entzogen ist, mit entsprechenden Folgen in allen möglichen Belangen.

Das kommt seit längerer Zeit schon im sogenannten Nationalitätenproblem zum Ausdruck, das in Wirklichkeit mehr ist, nämlich das Problem des letzten Kolonialreichs unserer Zeit. Seine Lösung ist schon seit Jahrzehnten überfällig, dank einer totalen Diktatur erfolgreich niedergedrückt. Nun, da sich diese auflöst, wäre es «objektiv wünschbar», dass sich die kolonialisierten Völker im Interesse eines möglichst glatten Perestrojka-Verlaufs so besonnen wie möglich verhielten. Aber kann man von den betreffenden Völkern erwarten, dass sie das auch so sehen? Für sie hat die Besonnenheit im Kreml stattzufinden, und zwar jene Besonnenheit, welche nach dem Zweiten Weltkrieg die westlichen Hauptstädte London und Paris veranlasst hat, ihre Kolonien freizugeben. Und wo die Einsicht vorerst fehlte, hat die Weltmoral den kolonialisierten Völkern sozusagen ein Aufstandsrecht zugebilligt. Da möchten die «Sowjetvölker» eben wissen, wieso sie nicht einmal ein Aufbegehrensrecht in Anspruch nehmen dürfen.

Nun kann sich etwas Analoges durchaus auch auf andern Gebieten abspielen, auf dem Sozialsektor beispielsweise und gerade. Dort hat der Sozialismus von Beginn an seine alternative Beispielhaftigkeit verkündet, nur eben gelogen und erzwungen. Soll nun, da Wahrheit und Unterdrückung schwinden, die Wahrheit nicht anders siegen dürfen als in Worten? Die Kumpels sehen das anders. Sie wollen Taten sehen und sonst zu Taten schreiten.

In der Sowjetunion sind nicht nur die Bergleute unzufrieden, und die Sowjetbürger sind nicht nur in ihrer Eigenschaft als Werktätige zu kurz gekommen, sondern auch als Mieter, als Konsumenten, als Schlangenstecher usw. Das Wohlverhalten kennen sie nur als Folge des Zwangs. Sind sie überhaupt in der Lage, es aus Einsicht fortzusetzen?

Christian Brügger